

Parlamentarischer Vorstoss

- Motion
- Postulat
- Interpellation mündlich
- Interpellation schriftlich

Eingereicht von

Werkkommission

Weiterentwicklung und Dekarbonisierung der städtischen Fernwärmeversorgung

Aufgabe

Fernwärme ist ein besonders interessantes Wärmeprodukt, da sie bereits vorhandene, ungenutzte Wärme aus der Abfallverbrennung, Abwärme aus Industrieanlagen oder Heizkraftwerken einer sinnvollen Verwendung zuführt. Der Stadt gelingt es so, zwei öffentliche Aufgaben, nämlich die Entsorgung von Abfällen und die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, optimal zu verbinden und Synergien zu nutzen. Anstatt die erzeugte Wärme bzw. Restenergie ungenutzt in die Atmosphäre zu lassen, wird die aus dem Dampf gewonnene Wärme über ein Rohrleitungsnetz den Kundinnen und Kunden zugeführt und sehr effizient genutzt. Die Einführung der Fernwärmeversorgung in St.Gallen vor über 30 Jahren hat sich auch aus Sicht der Kundinnen und Kunden sehr bewährt.

In der Vorlage «**Ausbau des städtischen Fernwärmenetzes, 2. Ausbauphase**» (Vorlage Nr. 540 vom 23. Mai 2017; vom Stadtparlament beschlossen am 22. August 2017) hat der Stadtrat die künftige Wärmeversorgung unserer Stadt klar umrissen:

Die Verwendung von hochwertigen Energieträgern wie Erdöl, Gas oder Strom zur Direkterzeugung von 21°C Raumtemperatur ist ineffizient und letztlich Verschwendung.

Die künftige Wärmeversorgung soll sich hauptsächlich auf die **Nutzung von Ab- oder Umweltwärme** stützen. Für die Stadt St.Gallen stand dafür bisher in erster Linie die Abwärme der mittlerweile für weitere Jahrzehnte ertüchtigten Kehrlichverbrennungsanlage im Fokus. Aufgrund ihrer zentralen Aufgabe für die städtische Energieversorgung wurde sie vor einigen Jahren in Kehrlichheizkraftwerk (KHK) umbenannt.

Zweite Säule der Energieversorgung soll die **Biomasse in Form von Energie- oder Abfallholz** werden. Die dritte ist die **Abwärme aus Wärmekraftkopplungsanlagen**, welche aus hochwertigen fossilen und nichtfossilen Energieträgern Strom und Wärme produzieren. Da bei diesen Anlagenkategorien die beste Effizienz bei grösseren Anlagen erreicht wird, entstehen Abwärmemengen, die zwingend über Wärmeverbundnetze abgeführt und den Verbrauchern zugeführt werden müssen. Einziges „dezentrales“ Konzept ist die so genannte „untiefe“ Geothermie für Erdsonden mit Wärmepumpen.

Die Gemeindeordnung legt fest, dass die städtische Fernwärmeversorgung spätestens im Jahr 2050 klimaneutral sein muss.

Am 8. März 2022 ging bei der Stadtkanzlei der Bevölkerungsvorstoss **«Holz statt Gas – ein Schritt in Richtung Klimaneutralität»** ein. Dieser wurde gestützt auf Art. 5 f. Partizipationsreglement vom 22. September 2020 gültig eingereicht. Der Stadtrat hat ihn der Werkkommission zugewiesen.

Der Bevölkerungsvorstoss bemängelt, dass der fossile Anteil im System der Fernwärmeversorgung mit einem Anteil von teilweise über 25 % aktuell sehr hoch ist. Die Unterzeichnenden bitten daher den Stadtrat bzw. das Stadtparlament, in Zusammenarbeit mit der Ortsbürgergemeinde und dem Kantonsforstamt zu prüfen, ob das Energieholzpotential der umliegenden Wälder (zumindest teilweise) für die Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung genutzt werden könnte.

Die Werkkommission hat anlässlich der Sitzung vom 10. Mai 2022 im Rahmen der Behandlung des Bevölkerungsvorstosses einen Vertreter der Unterzeichnenden im Rahmen eines offenen Gesprächs angehört (Art. 7 Abs. 1 Partizipationsreglement). Es zeigte sich, dass die Zielsetzung der Unterzeichnenden des Bevölkerungsvorstosses mit den Anliegen des städtischen Energiekonzepts und der Wärmestrategie des Stadtrats aus Sicht der Werkkommission sehr gut übereinstimmen. Die Kommission hat daher beschlossen, den vorliegenden parlamentarischen Vorstoss einzureichen.

Die Kommission bittet den Stadtrat zu prüfen, wie weit regionales Holz (frisch und/oder Abfallholz) für eine Weiterentwicklung der städtischen Fernwärmeversorgung eingesetzt werden könnte. Aus Sicht der Kommission sollte dabei nicht nur die Dekarbonisierung im bestehenden System geprüft werden, sondern auch das Potential im Hinblick auf eine weitere Netzentwicklung im Bereich der dicht besiedelten Stadtquartiere unterhalb der technischen Limite von 700 m ü. M.

08.06.2022

Datum



Unterschrift Daniel Bertoldo (Präsident Weko)

Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Akeret Alexandra	SP	X	Keller-Stadler Gisela	die Mitte	
Angehrn Evelyne	SP		Kobler Liliane	FDP	
Angehrn Patrik	die Mitte		Königer Doris	SP	
Balok Chompel	SP		Kühne Werner	FDP	
Baur Marcel	glp		Kuratli Donat	SVP	X
Bechtiger Roger M.	die Mitte		Lemmenmeier Eva	SP	
Bertoldo Daniel	EVP		Liechti Ivo	die Mitte	
Betschart Yves	jglp		Meyer Veronika R.	Grüne	
Bodenmann Marlene	SP		Mitrovic Vica	SP	
Brunner Jürg	SVP		Müller Clemens	Grüne	
Cozzio Rebecca	die Mitte	X	Neuweiler René	SVP	
Crottogini Eva	SP		Niederhauser Nadine	glp	
Diem Melanie	glp		Olibet Peter	SP	
Dörig Maja	SP		Rizvi Miriam	JUSO	
Dudli Andreas	FDP		Ronzani Manuela	SVP	
Eberhard Gabriela	SP		Rotach Marcel	FDP	
Fässler Magdalena	glp		Rütsche Beat	die Mitte	
Federer Cornelia	Grüne		Saxer Corina	FDP	
Garobbio-Campi Nadia	FDP		Schimke Karl	FDP	
Gasser-Beck Jacqueline	glp	X	Schmid Angelica	SP	
Giger Thomas	SVP		Schmid Rebekka	J Grüne	
Granitzer Esther	SVP		Schönbächler Philipp	glp	
Grob Stefan	die Mitte		Schürch Marlène	SP	
Hälg Konstantin	JF		Stähelin Louis	die Mitte	
Heeb Jenny	SP		Thurairajah Jeyakumar	Grüne	
Herzog Mischa	Grüne		Wäspe Remo	SVP	
Hobi Andreas	Grüne	X	Weibel Lara	SP	
Hornstein Andrea	PFG		Wenger Lydia	SP	X
Huber Christian	Grüne		Wettach Christoph	glp	
Hufenus Gallus	SP		Winter-Dubs Karin	SVP	
Keller Felix	FDP		Zwicky Mosimann Elisabeth	FDP	
Keller Stefan	FDP				